

Zu Politik und Theorie der neuen Linken

Editorial zu *Das Argument* 271, 49. Jg., 2007, H. 3, 319-21

Anlass dieses Heftes ist die Gründung der Linkspartei. Was geht das eine Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften an? Hegemonie, heißt es bei Gramsci, ist eine >philosophische Tatsache< (vgl. *Gefängnishefte*, H. 10.II, §12). Entsteht eine im Parteiensystem relevante sozialkritische Kraft, drückt sich darin ein zuvor noch instabiles gegenhegemoniales Feld aus, das seinerseits eine Erosion des Machtblocks anzeigt. Die Neugründung wirkt ihrerseits wie ein kollektiver Intellektueller, der, auch wenn den Machtpragmatikern Gramscis Sprache zunächst merkwürdig vorkommen mag, >eine Reform der Bewusstseine und der Erkenntnismethoden< bewirkt (ebd.). Damit verändern sich auch die Bedingungen kritischer Wissenschaft. Ihre Fragen und Vorschläge erhalten eine Chance, aus dem Schattendasein herauszukommen.

Wer die Gegenwart geschichtlich denkt, begreift die Neugründung als historischen Einschnitt. Ein kaum mehr für möglich gehaltenes, in der alten BRD immer wieder gescheiterteres Projekt, eine sozialistische Partei links von der SPD zu etablieren, ist damit Wirklichkeit geworden. Noch vor der formellen Gründung hat sie bereits dazu beigetragen, nicht nur die sozialdemokratische Rhetorik nach links zu verschieben, sondern auch der Forderung nach einem Mindestlohn Nachdruck zu verleihen.

Die *Argument*-Editorials der letzten Jahrzehnte spiegeln die Entwicklung, die nun in die neue Partei eingemündet ist. Im Rückblick taucht zunächst die Vorgeschichte der rot-grünen Regierung auf. Als der Übergang zum High-Tech-Kapitalismus dem fordertisch geprägten >sozialdemokratischen Zeitalter< ein Ende bereitet hatte, war die Partei der Grünen entstanden. Die SPD versuchte eine Modernisierung ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik. Dies ohne Selbstverleugnung zu tun, war Anspruch des Wahlprogramms von 1989/90, das wir unter dem Titel >Lafontaine-Projekt< analysiert haben (siehe das gleichnamige *Argument*-Heft 174 vom Frühjahr 1989). Was diesen Politikentwurf um seine Chancen gebracht hat, war die kurze Euphorie der ^Wiedervereinigung^. Wenn die Deutschen damals momentan als das >glücklichste Volk der Welt< (Momper) wirkten, so war das in der noch bestehenden DDR durch die

Währungsunion, im Westen durch die ökonomische ^Wiedervereinigungskonjunktur^^ befördert. Doch die abrupte Einführung der D-Mark zerstörte die DDR-Ökonomie und damit Millionen von Berufsperspektiven. Die bis heute aufzubringenden gigantischen Folgekosten, auf die Lafontaine vergeblich hinwies, wurden zur Belastung für Staat und Wirtschaft.

Knapp zehn Jahre später wirkte Lafontaine als Architekt der >rot-grünen< Regierung unter Gerhard Schröder. Der aber vollführte gegen ihn die neoliberale Wende, und Lafontaine legte sein Ministeramt zusammen mit dem SPD-Vorsitz nieder. >Austritt aus der Sozialpolitik – Eintritt in den Krieg<, titelte unsere Analyse (Arg. 230, Frühjahr 1999). Die Bedingungen linker Politik hatten sich verbessert, indem sie sich unmittelbar verschlechterten: Der >^rot-grüne^^ Marsch in den Krieg gegen Jugoslawien<, heißt es im Editorial, >hat ein Vakuum hinterlassen, das eine gerichtete Instabilität in die Parteienlandschaft gebracht hat. Die Niederlage der Rechten hatte der Linken bei den Wahlen den Sieg beschert. Nun besiegte das Wahlergebnis die Linke.< Die in deren Namen an die Macht Gelangten regierten nicht in deren Sinn. Ohne viel Federlesens traten sie in einen Krieg ein und drängten in neoliberale Positionen. Musste man nicht, wie Ignacio Ramonet meinte, >die Linke neu erfinden?< Die PDS war als einzige Gegnerin der Verbindung von Sozialabbau und Krieg übriggeblieben. Doch die Erwartung, die von ihrer Partei verlassenen Sozialdemokraten würden in nennenswertem Umfang zur PDS überreten oder sie wenigstens wählen, und die Hoffnung, die Massenstimmung gegen den Krieg würde sich in Stimmenmassen für die Antikriegspartei äußern, wurden enttäuscht. Zuletzt war es der Widerstand gegen den Irakkrieg, was der Regierung Schröder noch einmal eine knappe Mehrheit eintrug, während sich die PDS auf den marginalen Status zweier dank Direktwahl ins Parlament gelangter Abgeordneter zurückgeworfen fand.

Wenig später haben die >Hartz-Gesetze< als neoliberale Antwort auf die Massenarbeitslosigkeit und die Erosion der Sozialsysteme das Protestpotenzial anschwellen lassen. >Wie ein Lauffeuer breitet die Unzufriedenheit sich aus<, registriert das Editorial im Sommer 2004 (Arg. 256). >Innerhalb von zwei Jahren hat sich die Zahl derer, die von den Parteien enttäuscht sind, fast verdoppelt. [...] Die vier im Bundestag vertretenen Fraktionen unterscheiden sich in der sozialen Hauptfrage einzig darin, ob ihnen die sozialen Einschnitte tief genug sind oder nicht. Daher wächst die Zahl derer, die sich von keiner von ihnen mehr vertreten fühlen. [...] Die SPD hat so viel von ihrer

Stammwählerschaft [...] links liegen lassen, dass das Vakuum der politischen Vertretung dieser Potenziale in Hohlform eine neue Partei erkennen lässt.<

Ein Jahr später war es so weit. Die Hohlform füllte sich. >Untergang der deutschen Linksregierung – Aufstieg der Linkspartei< diagnostizierte die Überschrift des Editorials (Arg. 262/2005). Das Wahlbündnis aus PDS und WASG-Mitgliedern war mit mehr Sitzen als die Grünen in den Bundestag eingezogen. >Wenn die Exponenten der organisatorisch erst noch zu schaffenden Linkspartei sich als lernfähig erweisen und weiterhin so geistesgegenwärtig handeln, wie sie es beim Wahrnehmen dieser geschichtlichen Chance getan haben, werden sie den neu gewonnenen Platz im Parteiensystem auf Dauer behaupten.< Es hat zwei weitere Jahre gebraucht, bis die beiden Parteien ihre Vereinigung formell vollzogen. Nun geht es darum, sich in den Widersprüchen zu bewegen, ohne sich von ihnen zerreißen zu lassen. Das Problem der Probleme auf diesem Wege, die Vermittlung von Nah- und Fernzielen, auch die Verbindung von Demokratie und Sozialismus, ohne eines dem andern zu opfern, ist nirgends so radikal vorgedacht wie bei Rosa Luxemburg. Dies auszuleuchten ist ein Beitrag zur Diskussion über einen Weg, der nicht schon wieder, wie bei den Grünen, mit der Aufsaugung durch den Neoliberalismus enden soll. Auf diesem Weg sind viele Hürden zu nehmen. Nicht zuletzt gilt es, der notorischen parlamentarischen Entfremdung von den sozialen Bewegungen zu widerstehen. Dabei muss die neue Partei Anforderungen gerecht werden, die zum Teil so widersprüchlich sind, dass *political correctness*, insofern sie dem klaren Durchsprechen von Widersprüchen im Weg steht, genauso an ihnen scheitern müsste wie jeder Fundamentalismus. Verlangt ist jenes >Operierenkönnen mit Antinomien< (Brecht), das den Sozialismus-Gesprächen des Inkrit von 2002 als methodische Richtschnur zugrunde liegt.¹ In Gestalt der Linkspartei hat diese Ost-West-Beratung über Handlungsmöglichkeiten und die Methodik sozialistischer Politik heute ihren Adressaten gefunden. Ob er sich ihrer bedienen wird, ist eine andere Frage. Wir wissen nur Eines: Ohne kritische Kapitalismusanalyse und konkret in die Probleme und Konfliktfronten eingreifende linke Theorie und permanente Kritik der Limitationen der parlamentarischen

¹ Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden, hgg. v. Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug, unter Mitwirkung von Erhard Crome, Frank Deppe, Jutta Held, Wolfgang Küttler, Susanne Lettow, Peter von Oertzen, Lothar Peter, Jan Rehmann, Thomas Sablowski, Christoph Spehr, Jochen Steinhilber, Christoph Türcke und Frieder Otto Wolf. Erhältlich ist das Buch für 8 € (portofrei) beim Argument-Buchladen; frei zugänglich ist es als Online-Ausgabe unter www.inkrit.de.

Demokratie wird es keine linke Politik geben, die von Dauer ist. Und erst die Geschichte wird erweisen, wie tief der historische Einschnitt ist, der momentan in der Gründung der Linkspartei seinen Ausdruck findet. An Frankreich lässt sich beobachten, wie eine im entwickelten Kapitalismus unübertroffene Stärke sozialer Bewegungen in schlimmsten Katzenjammer umschlagen kann. Die ^Bewegung der Bewegungen^^, die den neoliberalen Verfassungsentwurf zu Fall brachte und die rechte Regierung beim Entlassungsgesetz in die Knie zwang, versagte vor der Aufgabe, ihre Anliegen ins Feld des Politischen zu übersetzen. Die Parteienlandschaft links der SP ist in Sekten zerfallen und die SP selbst wird zerrieben. Das gibt einen Eindruck davon, was uns blühen könnte, sollte die Linkspartei an der Aufgabe scheitern, Brücken zu schlagen und Widersprüchliches zusammenzuführen. Gelingt ihr das aber, wird ihr Erfolg auf ganz Europa ausstrahlen.

Eric Hobsbawm zum Neunzigsten

Eric Hobsbawm, dessen politisch-ethischer Haltung wir nicht weniger verdanken als seinem grandiosen Werk marxistischer Geschichtsschreibung, ist am 9. Juni neunzig geworden. Im Kriegs- und Revolutionsjahr 1917 geboren, hat er Zeit seines bewussten Lebens als unbestechlicher >Apostel im Klassenkampf< (Patrick Bahners in der FAZ) gewirkt -- zuerst im Sozialistischen Schülerbund in Berlin, dann als Mitglied der britischen Kommunistischen Partei bis zu ihrer Auflösung 1991, seither als der große alte Mann kritisch-marxistischer Geschichtsschreibung. Die von ihm zusammen mit Christopher Hill und Edward P. Thompson gegründete Zeitschrift *Past and Present* hat schon vor vierzig Jahren Tim Mason in den *Argument*-Zusammenhang eingebracht. Das Institut für kritische Theorie (InkriT) und sein *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* werden von Hobsbawm als Mitglied ihres Kuratoriums ebenso unterstützt, wie der Argument-Verlag ihm für die Einleitung zu seinem politisch-theoretischen Bestseller, der >Modernen Ausgabe< des *Kommunistischen Manifests* und dessen Hörbuchfassung zu danken hat. Der Kommunismus, um es noch einmal in der Sprache der FAZ zu sagen, in der zynische Ironie mit unwillkürlicher Anerkennung kämpfen, war und ist für Eric Hobsbawm >eine Art Exzellenzinitiative zur Weltrettung<. In der Tat zeugt es von eigentlicher >Exzellenz<, sich wie Hobsbawm den herrschenden Eliten zu verweigern und den sozialen Bewegungen, zumal der demokratisch-kommunistischen und linkssozialistischen die Treue zu halten. Der Atem, der ihn dabei beseelt, kommt von weit her. Dies kam in einer Sendung zum Ausdruck, die der BBC vor Jahren zu seinen Ehren veranstaltete und in der er, der in den 1950er und 60er Jahren unter dem Pseudonym Francis Newman die Jazzrubrik des *New*

Statesman betreut hatte, aus seinem Leben erzählen und dazwischen Musikwünsche äußern konnte. >Nun kommt etwas wirklich Kämpferisches<, sagte er, und ließ den ersten Satz von Bachs Kantate *Ein feste Burg ist unser Gott* auflegen. Wer diese kämpferische, die Vielstimmigkeit der Gemeinde in ihrer Polyphonie unvergleichlich zum Ausdruck bringende Musik gehört hat, spürt, was ihn dabei bewegt haben muss. Hobsbawm weiß, dass eine Befreiung, die nur im Jetzt anheben und keine rettende Kritik an den Gestalten der Vergangenheit üben würde, keine wäre.

WFH

Themenausschreibung

Argument 273 wird Ende 2007 unter dem Titel *Liebesverhältnisse* als Doppelheft erscheinen. Gesucht sind noch Beiträge über literarische und filmische Verarbeitungen von Liebe in unterschiedlichen Kulturen und historischen Epochen; eine Untersuchung zum Liebesbegriff der Kritischen Theorie und ein Text zur Positionierung von Liebe in feministischen Utopien. >Liebesverhältnisse< nennen wir dieses Buch, weil wir nicht hauptsächlich über Liebesbeziehungen nachdenken, sondern mit >Liebe< sowohl in sich als auch untereinander artikulierte und zusammengehaltene gesellschaftliche (familiale, politische, religiöse usw.) Verhältnisse untersuchen wollen. Angebote oder Exposés bitte an Frigga Haug <friggahaug@aol.com>, Gundula Ludwig <gundula.ludwig@univie.ac.at> und Thomas Pappritz <tpappritz@web.de>.